

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Regelnummer für die Postzustellung  
Poststelle für Anzeigen aus dem  
Innern 20 Goldmark, aus  
wärtigen Anzeigen 25 Goldmark,  
Reklame-Postkarte 10 Goldmark,  
amtliche Zeit 25 Goldmark

Telegramme: Kageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Ann. Postfach-Nr. 190

Nr. 15

Freitag, den 18. Januar 1924

19. Jahrgang

### Zum Reichsgründungstag.

Eine Radio-Ansprache des Reichsfinanzministers.

Reichsfinanzminister Dr. Luther hielt in dem Stadtsaal, H. G. im Boghaus Berlin folgende Ansprache:

Zum Tage der Reichsgründung rufe ich dem deutschen Volk zu: Rettet das Reich! Aus einem Traum wurde das Reich am 18. Januar 1871 verwirklicht. In der schweren Not der Gegenwart gilt es, alles einzusetzen, damit das Reich nicht wieder zum Märchen wird. Ist es nicht ein Märchenglaube an ein „Eiseln freudlich“ wenn öffentliche und private Kräfte immer wieder das Reich, dem kein Kredit mehr zur Verfügung steht, um Zuschüsse oder Steuererlässe oder dergleichen bestärken? Der Reichsgründungstag muß dem deutschen Volk eine ernste Mahnung sein, daß es mit der Märchenstimmung nicht geht, die Wirklichkeit ist härter denn je. Das deutsche Volk kämpft um sein Dasein. Für diesen Kampf muß die große Arbeitsleistung von ihnen gefordert werden und die einschneidenden Ausgabebeschränkungen und die hohen Steuerlasten, durch welche die Volksgenossen mit kleinem Einkommen und auch die so hart bedrängte deutsche Wirtschaft in vielen Fällen sehr hart betroffen werden. Dieser Kampf, an dessen Ende das Wiedererleben der deutschen Wirtschaft und damit die Rettung des deutschen Volkes und Reiches stehen muß, kann nur siegreich bestanden werden, wenn alle Deutschen sich der Wirklichkeit, so schwer sie auch ist, willig und auch innerlich unterwerfen.

Wer dem deutschen Volk die neue Währung erhalten will, und das will doch wohl jeder, der überhaupt Vernunft hat muß auch die Mittel dafür wollen, muß also zu schweren Opfern bereit sein. Unter diesem Zeichen aber auch nur unter diesem Zeichen werden Volk und Reich gerettet werden.

### Demokratie und Auslandspresse.

Ein starkes Bekenntnis zum Deutschtum legte der demokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Killy gegenüber den Vertretern der Auslandspresse ab, die zur letzten Tagung in Dresden versammelt waren und im Rathaus von den Behörden der Stadt empfangen wurden. Als Bürgermeister der Stadt Dresden begrüßte Dr. Killy bei der Festrede im Rathaus den Verein der Auslandspresse und machte dabei u. a. folgende Ausführungen:

„Für Deutschland hat der Weg über höchste Höhen hinweg in tiefe Niederungen geführt, in denen wir jetzt noch wandeln müssen. Über Sie werden hoffentlich von hier die Erkenntnis mit hinwegnehmen, daß wir auch in dem schweren Schicksal, das auf uns lastet, den Blick zur Höhe gerichtet behalten, und daß wir mit dem vollen Einsatz unserer nationalen und mit den uns verblichenen wirtschaftlichen Energien an die Wiederherstellung von Staat und Wirtschaft gehen. Sie, meine Herren von der Auslandspresse, würden keine guten Angehörigen Ihrer eigenen Nation sein, wenn Sie nicht volles Verständnis für dieses nationale Wollen des deutschen Volkes haben könnten. Ja, ich bin als Deutscher so stolz, auch in diesem Kreise zu sagen: Ein Volk wie das deutsche kann und muß auch noch groß bleiben im Nationalgefühl, und ich gehe noch weiter und sage: Nur Verblendung im außerdeutschen Lager und überster Waffismus und stumpfsinniger Fatalismus in den eigenen Reihen vermöchten zu glauben, daß ein Volk wie das deutsche dauernd aus der Zukunftsentwicklung Europas ausgeschaltet werden könnte. Das ist nicht Selbstüberhebung, sondern die einfache, nächste Erkenntnis und Würdigung der historischen, geographischen, wirtschaftlichen und kulturellen Eigenart dessen, was deutsch heißt was deutsch ist und was deutsch bleiben will. Ueber diesem Bekenntnis zum Deutschen vergessen und verkennen wir nicht, daß auch für uns internationale Gemeinschaftsbedürfnisse und internationale Zusammenhänge gegeben sind, und niemand wird glücklicher sein als wir, wenn diese Zusammenhänge sich zu einem friedlichen Zusammenleben einer großen Völkergemeinschaft aller Kulturvölker entwickeln. Niemand aber kann an diesem Ziele wirksamer mitarbeiten als die Presse, denn sie hat in allen Kulturstaaten der Welt den am weitesten ausgreifenden Aktionsradius auf die Willensbildung der öffentlichen Meinung.“

Dr. Killy entbot der Presse zum Schluß seinen Gruß als der Führerin zu den Menschheitszielen der Wahrheit, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

### Die ersten Beratungen über das französisch-belgische Memorandum.

Am Donnerstagnachmittag ist der deutsche Gesandte in Paris Dr. Hoesch in Berlin eingetroffen. Der deutsche Vertreter in Brüssel flüchtiger befindet sich schon seit einigen Tagen in Berlin. Nunmehr

können die Beratungen der Reichsregierung über die französisch-belgische Antwort beginnen, zu denen auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann von Hamburg wieder in Berlin eintrifft.

### Schwierigkeiten im Sachverständigenausschuß für die deutsche Währung.

Die Arbeiten des ersten Sachverständigenausschusses zur Stabilisierung der deutschen Währung scheinen nicht in besonderer Einmütigkeit vor sich zu gehen. Immer häufiger werden in Paris Gerüchte laut, die zwar der „Matin“ zu dementieren für gut befindet, die aber trotzdem richtig zu sein scheinen. Der „New York Herald“ — und das amerikanische Blatt ist natürlich von den amerikanischen Delegierten gut unterrichtet — führt diese Meinungsverschiedenheiten darauf zurück, daß jeder der Sachverständigen ein Projekt in der Tasche hat, auf dessen Durchführung er dringt. Man erwartet mit größter Spannung das Eintreffen Dr. Schachts, damit in die Beratungen etwas Ordnung hineinkommt. Dr. Schacht dürfte Sonnabend zum ersten Mal vor dem Ausschusse erscheinen. Eine endgültige Entscheidung liegt allerdings noch nicht vor. Der Vorsitzende, der Amerikaner General Dawes glaubt, daß ungefähr acht Tage erforderlich sind, um mit Dr. Schacht zusammenzuarbeiten und der Kommission eine richtige Vorstellung über die finanzielle Währungsfrage des Reiches zu geben. Alldann werde der Zeitpunkt für die Reise des Ausschusses nach Berlin gekommen sein.

Dem „Echo“ zufolge bricht man in Kreisen des Sachverständigenausschusses von der Gründung einer neuen deutschen Emittionsbank, die vollkommen unabhängig von der Reichsbank ist und die sicherste Garantie für die Stabilisierung der deutschen Währung bildet, ohne daß aber die Annahme dieses Vorstoßes bereits unbedingt gesichert wäre. Der frühere Präsident der Kriegslastenkommission und gegenwärtige Direktor der Deutschen Bank Dr. Bergmann befindet sich bereits in Paris. Der Sachverständigenausschuß hatte im Augenblick den Wunsch, mit Dr. Bergmann zu konferieren, der aber vorläufig eine solche Einladung ablehnen mußte, da er nicht in offiziellem Auftrag in Paris weile. Über Dr. Bergmann hatte bereits eine Besprechung mit dem Generalsekretär des Sachverständigenausschusses, die durchaus unerbittlichen Charakter hatte. Wenn Dr. Bergmann die Zustimmung der Reichsregierung finden sollte, dürfte er auch offiziell mit dem Ausschusse Beratungen pflegen.

### Streikbewegung.

Noch immer haben die Arbeitskämpfe nicht nachgelassen und aus einer ganzen Reihe von Industriestädten werden Streiks und sogar Unruhen gemeldet.

#### In Düsseldorf

wurden am Mittwochnachmittag Straßenbahnwagen mit Steinen beworfen. Gegen 7 Uhr abends schleuderten auf dem Oberbiller Marktplatz zwei Personen gegen Polizeibeamte eine Handgranate, die aber verfehlte. Die Täter flüchteten unerkannt. Unter dem dringenden Verdacht, einer der Täter zu sein, wurde ein Arbeiter festgenommen. Etwas später platzte in der Mindener Straße eine Handgranate. Bei einem Kraftfahrer wurde eine scharfgemachte Handgranate gefunden, die er zu werfen im Begriff stand. Polizeibeamte entrieffen sie ihm rechtzeitig. Der Täter wurde festgenommen. In der Hiltterallee wurden fünf verdächtige Personen fest und nach Waffen durchsucht. Hierbei griff eine dieser Personen in die Rocktasche und schleuderte einem Beamten eine Handgranate gegen die Brust, die dieser abstoßen konnte. Die Handgranate explodierte, ohne jemanden zu verletzen. Die fliehenden Täter, auf die geschossen wurde, sind entkommen. Ein größeres Aufgebot von Polizei verstreute die Menge.

Weiter kam es

#### In Rheide

am Mittwoch gelegentlich einer Arbeiterkundgebung zu Unruhen, die durch die Polizei alsbald unterdrückt werden konnte. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Streikschuß leicht verletzt. Wegen Nichtanerkennung des Achtstundentages sind die Belegschaften in den Ausbän getreten in Hanau. In Bremen haben die Arbeiter der Hansa-Werke die Arbeit niedergelegt. An einigen Stellen wurde Einigung erzielt, so in der Achener Gegend und auf der Kreuzischen Friedrich-Wilhelm-Brücke in Rheinhausen. Auch in der Textilindustrie des Bezirks München-Bladbach haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Uebereinkommen getroffen.

### Teuerungsunruhen in Paris und im Elsaß.

Aus Paris wird gemeldet: In St. Antoine (Vorort von Paris) ist am Montag abend zu neuen großen

Teuerungsunruhen gekommen, weil die Bäcker die Brotpreise um 10 Sous heraufsetzten. Die Demonstranten zerstörten vier Bäckereiläden und 13 andere Geschäfte. Die Gendarmerie griff ein, wobei zwei Minderer verwundet und über 20 Verhaftet wurden. Dem „Echo“ zufolge bekennen sich alle Verhafteten zur kommunistischen Partei.

Die „Humanité“ überschreibt den Bericht über die Vorgänge in St. Antoine mit den Worten „Sturmzeichen des Ernährungszusammenbruchs!“

Nach Meldungen schweizerischer Blätter aus dem Elsaß ist es infolge des Frankensturzes am Montag und Dienstag zu Ausschreitungen der Arbeitslosen und Unruhen gekommen. In Kolmar und Mülhausen wurden Lebensmittelgeschäfte geplündert. In Straßburg vertrieb die Polizei die Demonstranten. In Mülhausen forderten die Arbeiter 50 Prozent Lohnerhöhung unter Androhung des Generalstreiks. In Straßburg sind alle Lebensmittelpreise seit dem 1. Januar verdoppelt und verdreifacht.

#### Produktionsstörung in Frankreich.

Nach einer Havasmeldung aus Roubaix hat eine dortige Textilfabrik wegen Erschöpfung der Lager an Rohwolle und weil sie bei den jetzigen Preisen aufzustehen ist, sich neue zu beschaffen, drei Viertel von ihren Baumwollsortimenten entsandt. Man nimmt an, daß sich noch weitere beratige Firmen von Roubaix und Tourcoing zu ähnlichem Vorgehen gezwungen sehen werden.

### Kleine politische Meldungen.

Besserung des deutschen Arbeitsmarktes. Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich ein wenig verbessert. In den meisten Bezirken ist eine kleine Belebung eingetreten und es haben hier und da wieder Neueinstellungen von Arbeitern stattgefunden können. Die Zahl der zu unterstützenden Erwerbslosen, die am 1. Januar 1923 628 000 betrug, ist seitdem etwas zurückgegangen. Öffentlich erklärt diese Bewegung keinen Rückschlag durch den Frankensturz in Frankreich, als dessen Folge eine Ueberschwemmung mit französischen Waren, namentlich Wein und Luxusartikeln, befürchtet werden muß und gegen die wir uns insbesondere im besetzten Gebiete nicht wehren können. Jedenfalls ergibt sich daraus wie unfruchtbar ist, wenn französische Blätter angebliche deutsche Wertschancen als Ursache des Frankensturzes hinzustellen suchen.

Deutschnationaler Antrag auf Reichstagsauflösung. Da die Wahlen in Sachsen und anderwärts unter dem Schutze der militärischen Befehlshaber ruhig verlaufen sind, alle Befürchtungen sich also als gegenstandslos erwiesen haben, hat die deutschnationale Fraktion den Antrag auf Auflösung des Reichstages und alsbaldige Neuwahlen gestellt.

In bayrischen Verfassungsausschuß fand eine sehr lebhafte Sitzung statt, in der der bayrische Innenminister Dr. Schwegler erklärte, es sei ausgeschlossen, den Ausnahmezustand aufzuheben. Aus der Rede des Ministers ging auch hervor, daß Lubendorff überwacht worden ist, weil er mit Recht als Mittelpunkt der nationalsozialistischen Bewegung angesehen wurde. Lubendorff hat auch von verschiedenen Seiten, darunter der Gattin Siegfried Wagners, Geld erhalten, mit dem die nationalsozialistische Bewegung unterstützt werden sollte. Diese Gelder sind weggenommen worden, da sie keine Privatgelder waren, sondern dazu bestimmt, einer verbotenen Partei zu dienen.

### Landtag.

#### Ansprache über die Regierungserklärung.

Sitzung vom 17. Januar.

Auf der Tagesordnung der Sitzung steht als erster Punkt die Aussprache über die Regierungserklärung. Zunächst gibt Abg. Siwert (Komm.) unter großer Unruhe des Hauses eine Erklärung ab, die sich gegen den Landtagsbericht eines sozialdemokratischen Blattes wendet, in dem gesagt worden war, die Kommunisten hätten dagegen gestimmt, daß die Arbeitgeberabgabe nicht auf die Arbeitnehmer abgewälzt werden dürfe. (Zurufe: Das ist richtig!)

Abg. Dr. Rietzhammer (D. B.): Ministerpräsident Heide hat zur Presse tagung ausgesprochen, daß nunmehr eine ruhige, sachliche Arbeit gewährleistet ist. Das unterschreiben wir auch. Die Deutschnationalen und andere Kreise finden es verwunderlich, daß man mit einer Partei, die Jahr und Tag gegründet auf eine geringe Mehrheit, eine einseitige Politik getrieben hat, in eine Koalition eintritt. Wir sind anderer Meinung, obwohl wir nicht verkennen, daß die Vorgänge der letzten Jahre auch schwerwiegend für uns sind. Wir wollen uns aber mit unseren Gegnern verständigen. Wir gehen an eine sehr schwere Aufgabe heran. Wir wollen vor allem Ruhe und Ordnung haben, damit unsere Industrie wieder aufbauen kann.

Abg. Böttcher (Komm.), der nunmehr das Wort ergreift, begründet den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Heide. Die Regierungserklärung

Veranstaltung in  
großen  
manoch, das  
ab fertiger  
auch, daß am  
Wann.  
ung.  
rd angeord-  
bestehen, der  
schädigend zu  
bestraft und  
u schweren  
Mitteln  
der Stadt.

en.  
ter 0.17  
0.10  
0.20  
0.07  
0.15  
e 31.  
ateln  
30.—  
e. B.  
ng  
efähigkeit.  
2.) Jahres-  
Vorstandes.  
Vorliegen  
recht sein).  
ags, Parteien-  
Wahlen des  
ungsprüfer.  
Beteiligung  
orstand.  
uar abends  
ebirgischen  
tag  
ilm:  
tz.“  
r-Sport-  
schichte  
egner,  
her.  
Akten  
alming  
en.  
9 Uhr.